

Berliner Teilhabe-Bericht 2026

Zusammenfassung in Leichter Sprache
über die Lebens-Situationen
von Menschen mit Behinderungen



Impressum

Herausgeber

Senats-Verwaltung für Arbeit,
Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt
und Anti-Diskriminierung des Landes Berlin
Oranienstraße 106, 10969 Berlin

Inhalt

Dr. Dietrich Engels und Lena Heitzenröder
ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH
Weinsbergstraße 190, 50825 Köln

Text

capito Berlin – Büro für barrierefreie Information
3 Menschen mit Lernschwierigkeiten
haben die Verständlichkeit geprüft.

Hinweis

Wir möchten hier alle Menschen ansprechen,
unabhängig von ihrem zugeordneten Geschlecht.
Dafür nutzen wir auch die Sternchen-Schreibweise.
Wir schreiben zum Beispiel „Berliner*innen“.
Damit meinen wir alle Menschen, die in Berlin leben.

Datum

August 2026

Inhalt

1. Einleitung	4
Rechtliche Grundlagen	4
Das Wort „Behinderung“	5
Über den Teilhabe-Bericht.....	6
2. Allgemeine Daten für Berlin.....	8
3. Die Lebens-Bereiche	10
Soziale Situation	10
Wohnen, Umgebung und Mobilität	11
Bildung und Ausbildung	14
Arbeit und finanzielle Situation	19
Gesundheit und Pflege	26
Diskriminierung und Gewalt-Erfahrung	28
Freizeit, Kultur und Sport	29
Politische und bürgerschaftliche Teilhabe	31
4. Schluss-Bemerkung.....	32

1. Einleitung

Rechtliche Grundlagen

Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt in allen Lebens-Bereichen teilhaben können, zum Beispiel in der Schule oder bei der Arbeit, im Alltag und bei politischen Entscheidungen. Das fordert die UN-Behinderten-Rechts-Konvention.

Die **UN-Behinderten-Rechts-Konvention (UN-BRK)** ist eine Vereinbarung der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Zu den Vereinten Nationen gehören 193 Länder.

Die UN-BRK ist in Deutschland geltendes Recht. Alle staatlichen Stellen müssen die UN-BRK umsetzen, auch das Land Berlin und die einzelnen Bezirke. Dafür hat Berlin seit dem Jahr 2021 ein neues Gesetz: das Landes-Gleichberechtigungs-Gesetz.

Das **Landes-Gleichberechtigungs-Gesetz (LGBG)** soll die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Berlin schützen und fördern.

In § 20 LGBG steht diese Berichts-Pflicht:
Die Landes-Regierung informiert das Landes-Parlament alle 2 Jahre über die Umsetzung des LGBG.
Dafür wird regelmäßig die Lebens-Situation von Menschen mit Behinderungen in Berlin untersucht. Die Untersuchungs-Ergebnisse stehen in einem Bericht. So entsteht der Berliner Teilhabe-Bericht.

Das Wort „Behinderung“

Mit dem Wort „Behinderung“ ist meistens eine der folgenden Beeinträchtigungen gemeint:

- **körperliche Beeinträchtigung**
Eine Person ist zum Beispiel gelähmt und kann deshalb nicht laufen.
- **psychische Beeinträchtigung**
Eine Person hat zum Beispiel eine Angst-Störung und kann deshalb den Alltag nur schwer bewältigen.
- **geistige Beeinträchtigung**
Eine Person hat zum Beispiel Lernschwierigkeiten und kann deshalb nicht gut schreiben und rechnen.
- **Sinnes-Beeinträchtigung**
Eine Person ist zum Beispiel gehörlos und kann deshalb gesprochene Sprache nicht hören.

Das LGBG und der Berliner Teilhabe-Bericht 2026 nutzen das Wort „Behinderung“ in moderner Weise. Denn eine Behinderung ist nicht ein persönliches Merkmal. Eine Behinderung entsteht erst durch Barrieren, also wenn die Beeinträchtigung einer Person mit Hindernissen in der Umwelt zusammen kommt.

Deshalb ist diese Frage wichtig:
Fühlt sich eine Person mit Beeinträchtigung von den Barrieren stark eingeschränkt?
Wenn die Antwort auf diese Frage „ja“ ist, dann nennt man diese Personen auch „Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung“.

Über den Teilhabe-Bericht

Für den Berliner Teilhabe-Bericht 2026 wurde die Lebens-Situation von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen untersucht. Denn nur durch den Vergleich kann man herausfinden: Können Menschen mit Beeinträchtigungen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben?

Die Berliner Senats-Verwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Anti-Diskriminierung hat die Untersuchung beauftragt.

Das ISG Institut für Sozial-Forschung und Gesellschafts-Politik hat die Untersuchung durchgeführt.

Dafür hat das ISG diese Lebens-Bereiche untersucht:

- soziale Situation
- Wohnen, Umgebung, Mobilität
- Bildung und Ausbildung
- Arbeit und finanzielle Situation
- Gesundheit und Pflege
- Diskriminierung und Gewalt-Erfahrung
- Freizeit, Kultur und Sport
- politische und bürgerschaftliche Teilhabe

Das ISG hat amtliche Daten zur Bevölkerung in Deutschland und in Berlin ausgewertet.

Aber nicht zu allen Lebens-Bereichen gab es Daten.

Oder die Daten waren nicht ausreichend.

Deshalb hat das ISG eine Online-Umfrage gemacht.

Die Online-Umfrage heißt „Leben in Berlin“.
Sie wurde von Juli bis September 2025 durchgeführt.
Über 4.000 Berliner*innen mit und ohne Beeinträchtigungen
haben an der Umfrage teilgenommen.

Dann hat das ISG alle Daten ausgewertet,
also die amtlichen Daten und die Umfrage-Daten.
Die Ergebnisse der Daten-Auswertung
stehen im Berliner Teilhabe-Bericht 2026.

Ein wissenschaftlicher Beirat hat das ISG
bei der Bericht-Erstellung unterstützt.
Zum Beirat gehörten mehrere Fachleute, zum Beispiel
die Landes-Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.

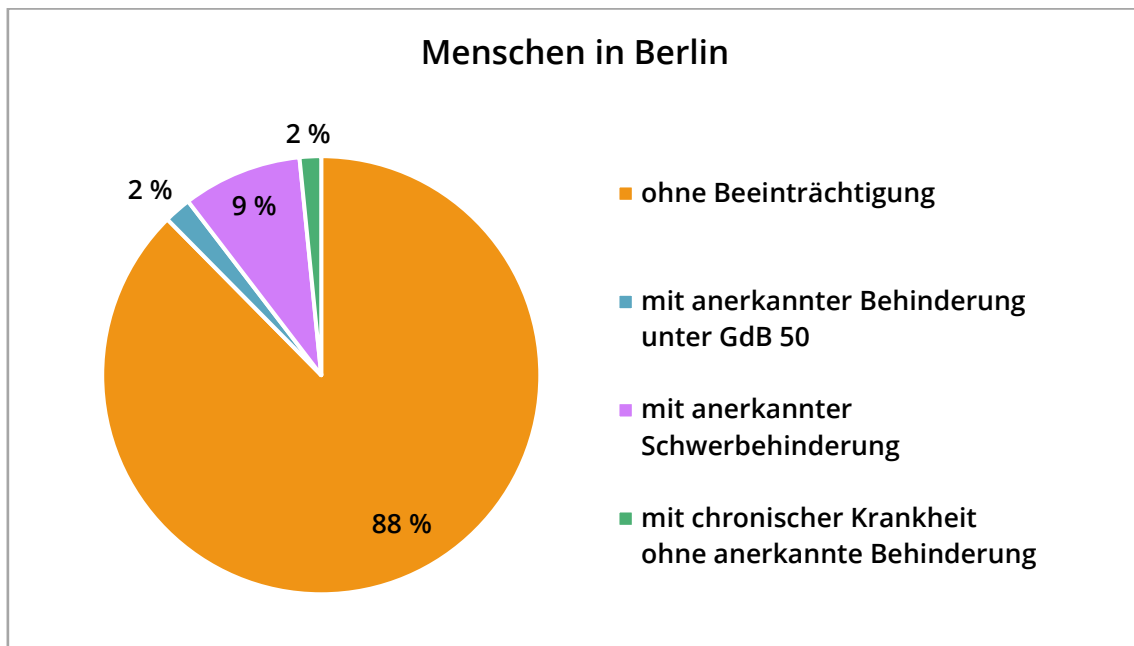
In dem Berliner Teilhabe-Bericht stehen viele Zahlen.
Das gilt auch für die Zusammenfassung in Leichter Sprache.
Meistens sind die Zahlen in Prozent angegeben.
Prozent-Zahlen drücken einen Anteil vom Ganzen aus.
Das Ganze sind immer 100 Prozent.

Manchmal sind alle Menschen in Berlin das Ganze
und manchmal nur bestimmte Gruppen,
zum Beispiel alle Teilnehmer*innen der Umfrage
oder nur Teilnehmer*innen mit Beeinträchtigungen.

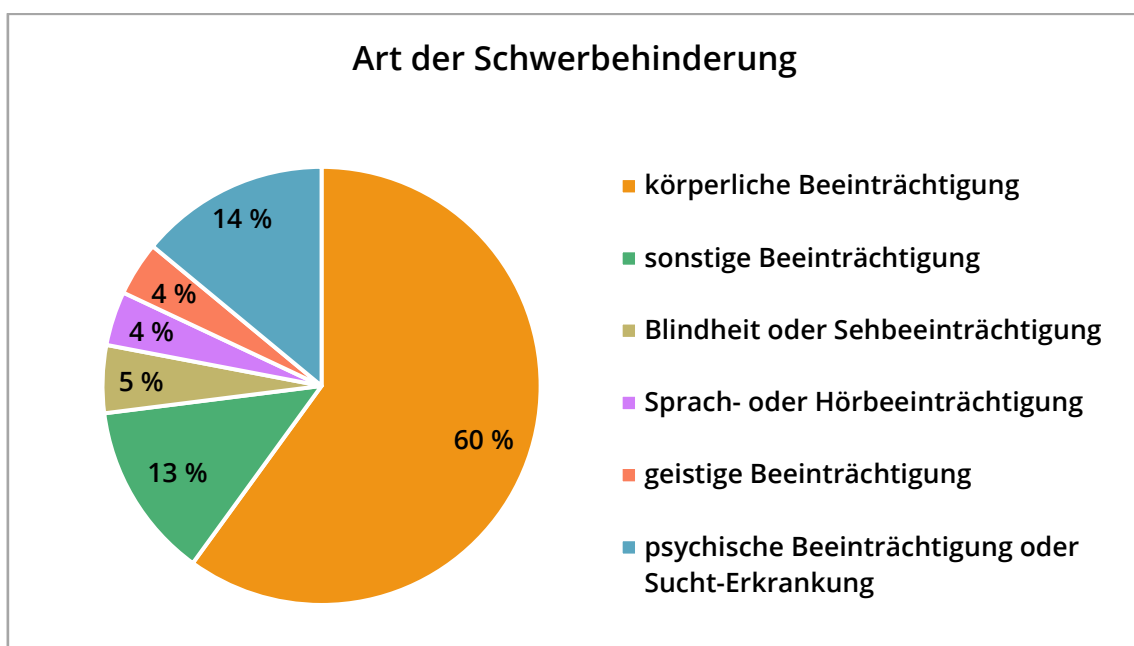
Die Prozent-Zahlen erkennt man an dem Prozent-Zeichen
hinter der Zahl, zum Beispiel: 26 %.
Im Text stehen die Prozent-Zahlen immer ganz rechts.
Sie sind blau und in Klammern: (26 %).

2. Allgemeine Daten für Berlin

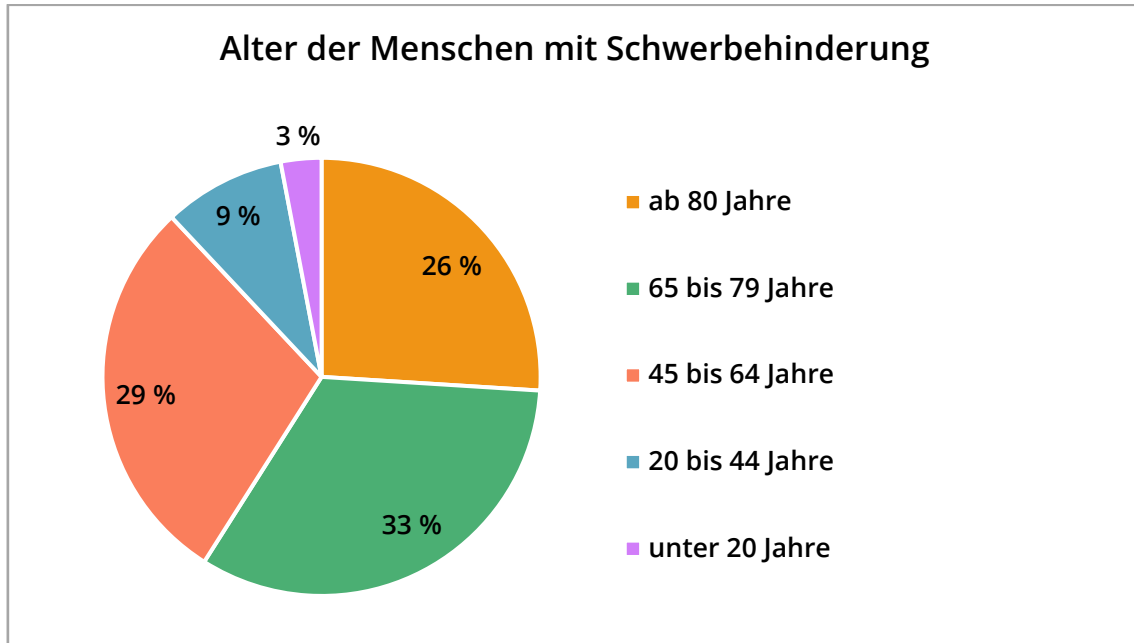
Im Jahr 2023 lebten fast 3,8 Millionen Menschen in Berlin.
Die meisten davon hatten keine Beeinträchtigung.



Mehr als die Hälfte der Menschen mit Schwerbehinderung hat eine körperliche Beeinträchtigung.



Mehr als die Hälfte der Menschen mit Schwerbehinderung ist über 65 Jahre alt.



Manche Menschen mit Beeinträchtigungen bekommen Leistungen der Eingliederungs-Hilfe. Diese Leistungen sollen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Ende 2024 haben 32.680 Menschen in Berlin Leistungen nach dem Sozial-Gesetz-Buch 9 bekommen. Zusätzlich haben 6.861 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit psychischen Beeinträchtigungen Leistungen nach dem Sozial-Gesetz-Buch 8 bekommen.

Manche Kinder und Jugendliche bekommen eine sonder-pädagogische Förderung. Das ist eine besondere Unterstützung in der Kita oder Schule. Im Jahr 2025 gab es in Berlin 9.213 Kita-Kinder und 26.571 Schulkinder mit Förder-Bedarf.

3. Die Lebens-Bereiche

Die folgenden Ergebnisse beziehen sich immer auf Berlin.
Sie sind nach den Lebens-Bereichen geordnet.

Soziale Situation

Das sind amtliche Daten aus dem Jahr 2021:

- Menschen mit Beeinträchtigungen leben häufiger allein (46 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (32 %)
- Sie leben seltener in einem Haushalt mit Kind (19 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (44 %)
- Sie leben häufiger in einem Paar-Haushalt ohne Kind (36 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (24 %)

Das sind Ergebnisse der Umfrage „Leben in Berlin“:

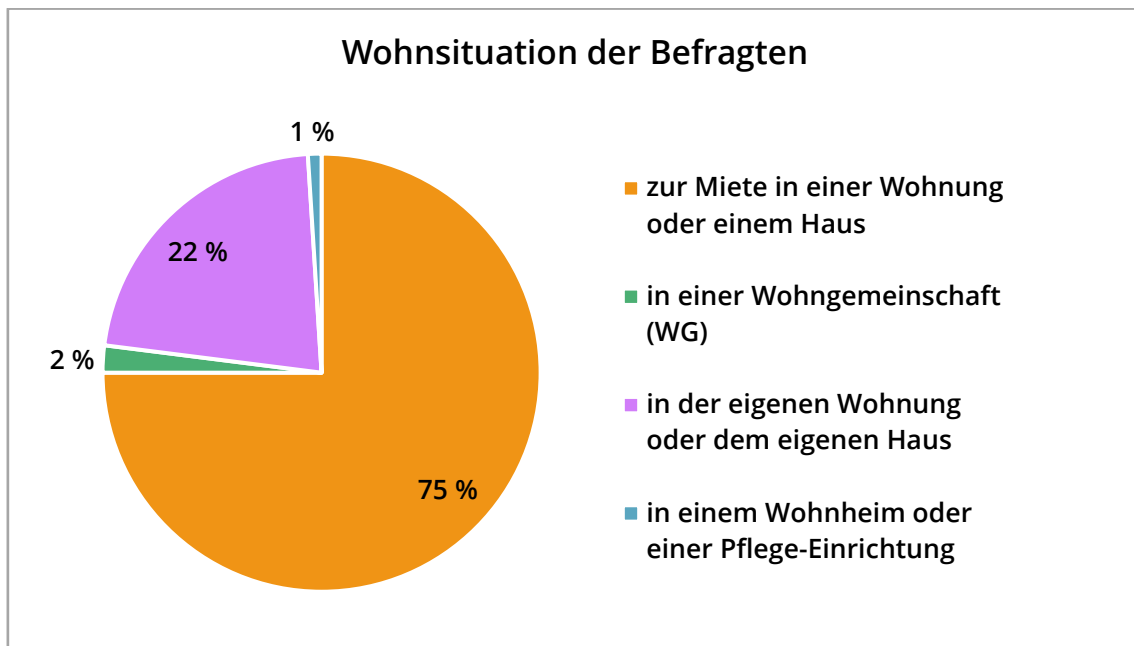
- Der Wunsch nach mehr sozialen Kontakten ist ähnlich
bei Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen. (59 % | 57 %)
Bei Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
ist der Anteil deutlich größer. (69 %)
- Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
fühlen sich auch deutlich häufiger einsam (31 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (11 %)

Wohnen, Umgebung und Mobilität

Wohnen

Die meisten Teilnehmer*innen der Umfrage „Leben in Berlin“ leben zur Miete in einer Wohnung oder einem Haus.

(75 %)



Menschen mit Beeinträchtigungen haben etwas seltener eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus als Menschen ohne Beeinträchtigungen.
Sie leben etwas häufiger zur Miete als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(21 %)

(25 %)

(76 %)

(73 %)

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung berichten deutlich häufiger von Wohnungs-Mängeln als Menschen ohne Beeinträchtigungen.
Sie vermissen zum Beispiel einen Aufzug und finden: Es gibt zu viele Treppen in meinem Haus.

(68 %)

(54 %)

Menschen mit Beeinträchtigungen brauchen doppelt so oft eine barrierefreie Wohnung wie Menschen ohne Beeinträchtigungen.	(21 %) (9 %)
Dabei sind Menschen mit Beeinträchtigungen seltener versorgt mit barrierefreien Wohnungen als Menschen ohne Beeinträchtigungen.	(16 %) (19 %)

Viele Menschen bekommen Hilfe im Haushalt. Genauso viele Menschen brauchen diese Hilfe, bekommen sie aber nicht. Besonders Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung bekommen nicht die Hilfe, die sie brauchen. Das gilt zum Beispiel beim Putzen oder Einkaufen.

Umgebung

Für ein selbstbestimmtes Leben muss auch die Umgebung, also die Wohngegend passend gestaltet sein. Menschen mit Beeinträchtigungen berichten hier etwas häufiger von Mängeln als Menschen ohne Beeinträchtigungen.	(64 %) (56 %)
--	------------------

Am meisten stören die fehlende Sauberkeit und zu laute Geräusche in der Wohngegend. Das bewerten alle Befragten ähnlich. Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung berichten häufiger als die anderen Befragten von weiteren Mängeln, zum Beispiel:

- fehlende Geschäfte in der Nähe,
- unfreundliche Nachbar*innen und
- schlecht erreichbare Verkehrsmittel.

Mobilität

Die meisten Befragten nutzen regelmäßig Bus oder Bahn.
Das gilt für Menschen mit Beeinträchtigungen (61 %)
und Menschen ohne Beeinträchtigungen. (69 %)
Aber viele Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
können Bus und Bahn nicht gut nutzen. (76 %)
Bei den Befragten ohne Beeinträchtigungen
ist es weniger als die Hälfte. (45 %)

Alle Befragten finden: Bus und Bahn sind oft zu voll.
Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
fühlen sich dort eher unsicher.
Sie vermissen deutlich mehr als die anderen Befragten
barrierefreie Busse, Bahnen und Haltestellen.

Für die meisten Menschen ohne Beeinträchtigungen
ist der tägliche Einkauf schnell zu Fuß erreichbar. (85 %)
Für Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
ist das seltener der Fall. (74 %)
Für manche von ihnen ist der tägliche Einkauf
gar nicht gut erreichbar. (11 %)
Andere Befragte sagen das deutlich seltener. (4 %)

Die Erreichbarkeit von Gaststätten, Cafés, Banken
und Friseur-Salons wird ähnlich unterschiedlich bewertet.
Aber Menschen mit Beeinträchtigungen sagen:
Diese Angebote sind oft nicht barrierefrei.

Bildung und Ausbildung

Betreuung in der Kita

Kleine Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen werden größtenteils inklusiv, also gemeinsam betreut.

Nur sehr wenig Kinder mit Beeinträchtigungen sind in besonderen Betreuungs-Gruppen. (1 %)

Insgesamt 9.213 Kita-Kinder bekommen eine sonder-pädagogische Förderung.

Davon sind die meisten männlich (66 %)

und nur jedes dritte Kind weiblich. (34 %)

Die meisten Eltern von Kindern unter 6 Jahren finden die Betreuung gut erreichbar.

(81 %)

Sie bewerten auch das Mittagessen der Kita und die Öffnungs-Zeiten gut.

Aber weniger als die Hälfte der Eltern sagt:

Die Betreuung ist so wie gewünscht.

Manche Eltern sagen sogar:

Die Betreuung ist ganz anders als gewünscht.

Gründe dafür sind zum Beispiel der Personal-Mangel, das Betreuungs-Programm und fehlende Barriere-Freiheit.

Unterricht in der Schule

25.571 Schüler*innen haben im Schuljahr 2024/2025 eine sonder-pädagogische Förderung bekommen. (5 %)

Die meisten Schüler*innen mit Förder-Bedarf werden in Regel-Schulen unterrichtet.

Aber der Anteil ist je nach Schultyp sehr unterschiedlich.

Der Anteil von Schüler*innen mit Förder-Bedarf ist am größten in Gemeinschafts-Schulen. (9 %)

In Grundschulen ist der Anteil niedriger. (5 %)

Den kleinsten Anteil von Schüler*innen mit Förder-Bedarf gibt es in Gymnasien und Freien Waldorf-Schulen. (1 %)

Manche Schüler*innen mit Förder-Bedarf werden an Förder-Schulen unterrichtet. (31 %)

Das gilt besonders für die Förder-Schwerpunkte „geistige Entwicklung“ und „Hören“. (71 % | 45 %)

Schüler*innen mit anderen Förder-Schwerpunkten besuchen größtenteils eine Regel-Schule:

- Lernen (95 %)
- emotionale und soziale Entwicklung (67 %)
- Sehen (69 %)
- körperliche und motorische Entwicklung (66 %)
- Sprache (67 %)

Immer mehr Schüler*innen mit Förder-Bedarf werden an Regel-Schulen unterrichtet.

In Berlin ist der Anteil deutlich höher (69 %)
als in ganz Deutschland. (45 %)

Bewertung durch die Eltern

Die meisten Eltern von Schulkindern mit Beeinträchtigungen wünschen sich noch mehr Unterstützung. (72 %)

Bei Eltern von Schulkindern ohne Beeinträchtigungen ist das deutlich seltener der Fall. (44 %)

Viele Eltern von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen wünschen sich Unterstützung in diesem Bereich: das Selbst-Vertrauen der Kinder stärken.

Aber nur für Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen ist auch eine Schul-Assistenz wichtig.

Die Zufriedenheit mit der Schule ist unterschiedlich.

Eltern von Kindern ohne Beeinträchtigungen sind eher zufrieden mit inklusiven Klassen (60 %)

als Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen. (47 %)

Ähnlich ist es bei der Zufriedenheit mit der Schul-Assistenz.

Die meisten Eltern sind zufrieden mit der Kinder-Betreuung nach dem Unterricht.

Das gilt zum Beispiel für die Betreuungs-Zeiten.

Aber die Eltern bewerten sehr unterschiedlich, wie mit ihrem Kind umgegangen wird.

Die meisten Eltern von Schulkindern ohne Beeinträchtigungen sind zufrieden mit dem Umgang. (76 %)

Bei den Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen ist es nur etwas mehr als die Hälfte. (55 %)

Schulische und berufliche Abschlüsse

Das sind amtliche Daten aus dem Jahr 2021
zu Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren:

Der höchste Schulabschluss ist das **Abitur**.

Mit einem Abitur darf man an einer Hochschule studieren.

Deshalb nennt man diesen Abschluss auch Hochschul-Reife.

Menschen mit Beeinträchtigungen

haben deutlich seltener ein Abitur

(41 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(69 %)

Mit dem Ende der 10. Klasse kann man

einen **mittleren Schulabschluss** bekommen.

Menschen mit Beeinträchtigungen erreichen häufiger

einen mittleren Schulabschluss

(38 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(23 %)

Mit dem Ende der 9. Klasse kann man

einen **Hauptschul-Abschluss** bekommen.

Menschen mit Beeinträchtigungen haben häufiger

keinen oder nur einen Hauptschul-Abschluss

(22 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(8 %)

Menschen mit Beeinträchtigungen haben deutlich häufiger

eine abgeschlossene **Lehre oder Ausbildung**

(59 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(39 %)

Bei dem **Abschluss zum Meister oder Techniker**

gibt es kaum Unterschiede.

Der höchste berufliche Abschluss ist der **Hochschul-Abschluss**.

Das bedeutet: Man hat ein Studium abgeschlossen.

Menschen mit Beeinträchtigungen

haben deutlich seltener einen Hochschul-Abschluss

(30 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(53 %)

Die Daten-Auswertung zeigt:

Es gibt große Unterschiede bei den Abschlüssen

von Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen.

Menschen mit Beeinträchtigungen haben

grundsätzlich seltener hohe Abschlüsse

als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

Erwachsenen-Bildung

Das Interesse und die Nutzung von Bildungs-Angeboten

ist bei allen Befragten sehr ähnlich.

An erster Stelle stehen Gesundheits-Kurse,

Sport-Kurse und Entspannungs-Angebote.

Dann folgen Computer- und Internet-Kurse

sowie Kurse zu Fremdsprachen.

Nur wenige Befragte machen aktuell

eine berufliche Weiterbildung oder Umschulung.

Das gilt für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen.

(2 % | 3 %)

Aber manche würden es gerne tun.

(8 % | 8 %)

Menschen mit Beeinträchtigungen sagen:

Leider sind viele Bildungs-Angebote nicht gut erreichbar

und nicht barrierefrei nutzbar.

Arbeit und finanzielle Situation

Erwerbs-Tätigkeit

Das sind amtliche Daten aus dem Jahr 2021
zu Menschen im Alter von 18 bis 64 Jahren:

Menschen mit Beeinträchtigungen sind deutlich seltener
auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig (46 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (75 %)
Aber sie sind etwas seltener arbeitslos (7 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (9 %)

Schüler*innen, Studierende und zum Beispiel
Beschäftigte auf dem zweiten Arbeitsmarkt
bezeichnet man als Nicht-Erwerbs-Personen.
Menschen mit Beeinträchtigungen
sind deutlich häufiger Nicht-Erwerbs-Personen (47 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (16 %)

Wenige Menschen haben eine hohe berufliche Stellung
als Beamt*innen, Richter*innen oder Selbstständige.
Aber Menschen ohne Beeinträchtigungen
haben doppelt so oft eine hohe berufliche Stellung (18 %)
wie Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung. (9 %)

Grundsätzlich sind Frauen im Vergleich zu Männern
seltener auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig
und seltener in einer hohen beruflichen Stellung.
Das gilt auch für Menschen mit ausländischer Herkunft
im Vergleich zu Menschen mit nur deutscher Herkunft.
Bei Menschen mit Beeinträchtigungen
sind diese Unterschiede noch größer.

Arbeits-Zufriedenheit

Menschen mit Beeinträchtigungen sind grundsätzlich etwas weniger zufrieden mit ihrer Arbeit als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

Das zeigt die Auswertung der amtlichen Daten und der Umfrage „Leben in Berlin“.

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung sind am wenigsten zufrieden mit ihrer Arbeit.

Alle Befragten sind am meisten mit diesen Dingen zufrieden:

- Beziehung zu den Kolleg*innen
- Sicherheit des Arbeitsplatzes
- Arbeitszeit
- Art der Tätigkeit

Etwas weniger zufrieden sind die Befragten mit der Beziehung zu den Vorgesetzten und mit der Stimmung bei der Arbeit.

Etwas mehr als die Hälfte der Befragten ist zufrieden mit der Barriere-Freiheit des Arbeitsplatzes und mit den Chancen auf eine gute Bezahlung.

Am wenigsten zufrieden sind alle Befragten mit den persönlichen Aufstiegs-Chancen.

Erfüllung der Beschäftigungs-Pflicht

Öffentliche und private Arbeitgeber müssen auch Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen. Das nennt man Beschäftigungs-Pflicht der Arbeitgeber.

Öffentliche Arbeitgeber sind Einrichtungen, die im Auftrag des Staates handeln.

Private Arbeitgeber sind Betriebe im Privat-Besitz.

Die gesetzliche Beschäftigungs-Pflicht gilt nur für Arbeitgeber mit 20 oder mehr Arbeitsplätzen. Dann müssen mindestens 5 Prozent der Mitarbeiter*innen eine anerkannte Schwerbehinderung haben. Bei 20 Mitarbeiter*innen sind 5 Prozent eine Person.

Wer nicht genug Schwerbehinderte beschäftigt, der muss für jeden fehlenden Platz monatlich bezahlen. Das nennt man auch Ausgleichs-Abgabe.

Das sind amtliche Daten für das Jahr 2023:
Viele Arbeitgeber in Berlin erfüllen nicht ihre gesetzliche Beschäftigungs-Pflicht.
Der Anteil von Pflicht erfüllenden Arbeitgebern ist in Berlin kleiner als in ganz Deutschland (30 % | 39 %) und in den vergangenen Jahren sogar gesunken.

Mehr als der Hälfte der öffentlichen Arbeitgeber hat die Beschäftigungs-Pflicht erfüllt. (59 %)
Bei den privaten Arbeitgebern war es nicht mal jeder dritte. (29 %)

Arbeit mit Unterstützung

Menschen mit Beeinträchtigungen bekommen Unterstützung, damit sie am Arbeitsleben teilhaben können.

Die Form der Unterstützung hängt davon ab, wie leistungsfähig ein Mensch ist.

Im Jahr 2025 gab es in Berlin 123 Maßnahmen der sogenannten Unterstützten Beschäftigung. Das sind verhältnismäßig wenig Maßnahmen.

Mit Maßnahmen der **Unterstützten Beschäftigung** werden Menschen persönlich unterstützt und begleitet, damit sie auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sein können.

Im Jahr 2024 gab es in Berlin 39 Inklusions-Betriebe. Dort waren insgesamt 1.825 Menschen beschäftigt.

In einem **Inklusions-Betrieb** arbeiten Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen zusammen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Ende 2024 waren 7.930 Menschen mit Beeinträchtigungen in einer Werkstatt (WfbM) in Berlin beschäftigt. Das sind etwas mehr Menschen als vor 10 Jahren. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten war männlich.

Eine **Werkstatt (WfbM)** bietet berufliche Bildung, Beschäftigung und Teilhabe für Menschen, die nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sein können.

Das Alter der Werkstatt-Beschäftigten hat sich stark verändert. Es gibt heute deutlich weniger Beschäftigte unter 30 Jahren und viel mehr Beschäftigte, die 60 Jahre oder älter sind.

40 Menschen mit Beeinträchtigungen und mit dem Anspruch auf eine Werkstatt-Beschäftigung waren bei anderen Leistungs-Anbietern beschäftigt.

Andere Leistungs-Anbieter sind ähnlich wie Werkstätten. Sie bieten auch berufliche Bildung und Beschäftigung an, aber sie sind meistens kleiner als Werkstätten.

Im Jahr 2022 haben 85 Menschen in Berlin ein Budget für Arbeit bekommen.

Das **Budget für Arbeit** ist für Menschen mit Anspruch auf eine Werkstatt-Beschäftigung. Das Budget für Arbeit soll diesen Menschen die Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.

Es haben nur wenig Beschäftigte aus den genannten Bereichen an der Umfrage „Leben in Berlin“ teilgenommen.

Die meisten Werkstatt-Beschäftigten sind zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit. (81%)

Etwas seltener zufrieden sind Beschäftigte in Inklusions-Betrieben (69 %) und Beschäftigte mit einem Budget für Arbeit. (72 %)

Aber mit der Beziehung zu den Kolleg*innen sind Beschäftigte in Inklusions-Betrieben häufiger zufrieden (81 %) als Werkstatt-Beschäftigte (78 %) und Beschäftigte mit einem Budget für Arbeit. (71 %)

Arbeitslosigkeit

Laut der Umfrage „Leben in Berlin“

sind Menschen mit Beeinträchtigungen häufiger arbeitslos
als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

Die meisten sind seit einem Jahr oder länger arbeitslos.

Menschen mit Beeinträchtigungen sind meistens arbeitslos
wegen körperlicher Gesundheits-Probleme. (71 %)

Das gilt viel seltener für Menschen ohne Beeinträchtigungen. (18 %)

Auch psychische Gesundheits-Probleme betreffen
Arbeitslose mit Beeinträchtigungen häufiger (55 %)

als Arbeitslose ohne Beeinträchtigungen. (45 %)

Finanzielle Situation

Bis zu einer bestimmten Einkommens-Grenze

gilt man in Deutschland als armuts-gefährdet.

Die Einkommens-Grenze wird jedes Jahr angepasst.

Im Jahr 2025 lag sie für alleinstehende Personen

bei 1.446 Euro netto pro Monat.

Das sind amtliche Daten aus dem Jahr 2021:

- Menschen mit Beeinträchtigungen sind grundsätzlich
häufiger armuts-gefährdet (25 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (15 %)
- Männer mit Beeinträchtigungen sind häufiger armuts-gefährdet (28 %)
als Frauen mit Beeinträchtigungen. (22 %)
- Im Alter von 18 bis 64 Jahren sind Menschen
mit Beeinträchtigungen doppelt so oft armuts-gefährdet (30 %)
wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. (15 %)
- Ab 65 Jahren sind Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen
in gleicher Weise armuts-gefährdet. (16 %)

Das sind Ergebnisse der Umfrage „Leben in Berlin“:

- Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
haben seltener ein Vermögen von mehr als 100.000 Euro (19 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigung. (27 %)
- Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
haben doppelt so oft nur ein Vermögen von unter 5.000 Euro (24 %)
wie Menschen ohne Beeinträchtigung. (12 %)

Für die finanzielle Situation gilt grundsätzlich:

Menschen mit Beeinträchtigungen haben weniger Geld
als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

Sie müssen auch eher Kredite aufnehmen
oder größere Schulden machen.

Das alles betrifft besonders Menschen
mit selbst eingeschätzter Behinderung.

Die Umfrage-Daten bestätigen klar:

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Behinderung und Armut.

Gesundheit und Pflege

Gesundheits-Zustand

Die Auswertung der amtlichen Daten zeigt:

Menschen mit Beeinträchtigungen werden häufiger krank als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

Die Teilnehmer*innen der Umfrage „Leben in Berlin“ wurden nach ihrem Gesundheits-Zustand gefragt.

Dabei haben Menschen mit Beeinträchtigungen doppelt so oft „schlecht“ angegeben (26 %)

wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. (13 %)

Aber noch viel häufiger sagen das Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung. (72 %)

Gesundheits-Versorgung

Die meisten Beeinträchtigungen entstehen im Laufe des Lebens durch eine Erkrankung.

Deshalb sollten Angebote der Gesundheits-Versorgung gut erreichbar und barrierefrei sein.

Mehr als die Hälfte der Menschen ohne Beeinträchtigungen können Hausarzt-Praxen gut erreichen. (52 %)

Bei Menschen mit Beeinträchtigungen ist es deutlich weniger als die Hälfte. (39 %)

Am besten erreichbar finden sie Hausarzt-Praxen in Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf. Am schlechtesten erreichbar finden sie Hausarzt-Praxen in Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Neukölln.

Die Kassenärztlichen Vereinigung Berlin sagt:

Nur wenige Arzt-Praxen sind vollständig barrierefrei. (15 %)

Manche Arzt-Praxen sind größtenteils barrierefrei. (13 %)

Aber mehr als die Hälfte ist nicht barrierefrei. (64 %)

Fast alle Menschen mit Beeinträchtigungen

finden Krankenhäuser und Apotheken barrierefrei.

Danach folgen Praxen für Orthopädie und Physio-Therapie.

Ungefähr die Hälfte der Befragten

findet Hausarzt-Praxen barrierefrei.

Etwas weniger als die Hälfte findet Zahnarzt-Praxen,

Frauenarzt-Praxen und Psycho-Therapie-Angebote barrierefrei.

Pflege-Bedürftigkeit

Die Zahl der Pflege-Bedürftigen in Berlin

hat sich seit dem Jahr 2011 fast verdoppelt.

Ende 2023 waren es fast 212.000 Menschen.

Die meisten Pflege-Bedürftigen werden

durch Angehörige in Privat-Haushalten gepflegt.

Sie sind größtenteils über 65 Jahre alt. (77 %)

Wenn eine pflege-bedürftige Person jünger ist,

dann hat sie immer auch eine Beeinträchtigung.

Ein Problem ist:

Manche Befragte wissen nicht,

wer ihnen bei Bedarf helfen würde. (17 bis 18 %)

Sie denken teilweise: Keiner würde mir helfen.

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung

denken das häufiger (7 %)

als die anderen Befragten. (4 %)

Diskriminierung und Gewalt-Erfahrung

Diskriminierung ist ein anderes Wort für Benachteiligung.

Die Teilnehmer*innen der Umfrage wurden gefragt:

Haben Sie sich schon mal benachteiligt
oder schlecht behandelt gefühlt?

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
antworten deutlich häufiger mit „ja“
als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(85 %)

(64 %)

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
erleben deutlich häufiger Benachteiligungen
als Befragte mit und ohne Beeinträchtigungen.
Sie fühlen sich davon auch stärker belastet
als Befragte mit und ohne Beeinträchtigungen.

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung sagen:

Die eigene Beeinträchtigung ist meistens der Grund
für die Erfahrung von Benachteiligung.

Menschen mit und ohne Beeinträchtigung
nennen ähnlich oft diese Gründe:
Alter, Aussehen oder Geschlecht.

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
berichten häufiger von Gewalt-Erfahrungen
als Menschen ohne Beeinträchtigungen.

(53 %)

(40 %)

Am häufigsten gibt es Gewalt in der Familie,
im Freizeit-Bereich, in der Schule und bei der Arbeit.

Frauen erleben deutlich häufiger Gewalt in der Familie
als Männer.

(49 %)

(27 %)

Freizeit, Kultur und Sport

Die folgenden Ergebnisse sind aus der Umfrage „Leben in Berlin“.

Kultur und Freizeit

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
nutzen deutlich seltener Kultur- und Freizeit-Angebote (47 %)
als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (75 %)

Frauen sind grundsätzlich etwas aktiver als Männer.
Das gilt auch für Menschen mit ausländischer Herkunft
im Vergleich zu Menschen mit nur deutscher Herkunft.

Die meisten Befragten nutzen die Angebote
zusammen mit einer anderen Person.
Weniger als die Hälfte nutzt die Angebote allein. (40 %)
Manche Befragte nutzen die Angebote
als Mitglied einer Gruppe oder eines Vereins.
Das gilt für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen. (19 % | 16 %)

Die Teilnehmer*innen der Umfrage wurden gefragt:
Wie bewerten Sie die Kultur- und Freizeit-Angebote
in Ihrem Stadtteil insgesamt?
Menschen ohne Beeinträchtigungen finden die Angebote
häufiger gut oder sehr gut (55 %)
als Menschen mit Beeinträchtigungen. (47 %)
Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
bewerten die Angebote deutlich seltener positiv. (36 %)
Noch größer sind die Bewertungs-Unterschiede
bei der Zugänglichkeit und Aufnahme-Bereitschaft.

Sport

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
machen deutlich seltener Sport (46 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (68 %)

Diesen Unterschied gibt es in jeder Alters-Gruppe.
Aber jüngere Menschen sind grundsätzlich aktiver
als ältere Menschen.

Nur wenige Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
finden das Sport-Angebot in ihrem Stadtteil gut oder sehr gut. (29 %)

Bei Menschen ohne Beeinträchtigungen ist es die Hälfte. (51 %)

Politische und bürgerschaftliche Teilhabe

Fast alle Befragten gehen wählen.

Das gilt für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen. (über 90 %)

Aber nur ein kleiner Anteil findet:

Ich werde gut an politischen Entscheidungen beteiligt.

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
sagen das deutlich seltener (6 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (13 %)

Die Beteiligung an der Gestaltung des Stadtteils
wird teilweise noch schlechter bewertet.

Die Teilnehmer*innen der Umfrage wurden gefragt:

Wie gut können Sie in Parteien oder anderen Organisationen
mitarbeiten und sich dort einbringen?

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
können deutlich seltener gut mitarbeiten (21 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (34 %)

Ungefähr die Hälfte der Befragten ist Mitglied
in einem Verein oder einer ähnlichen Organisation.

Dazu gehören besonders Parteien oder Gewerkschaften,
Selbsthilfe-Gruppen und religiöse Gruppen.

Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung
sind sogar häufiger Mitglied (59 %)

als Menschen ohne Beeinträchtigungen. (50 %)

Aber Menschen ohne Beeinträchtigungen
sind häufiger ehrenamtlich tätig (26 %)

als Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung. (19 %)

Manche davon waren früher aktiver,
als sie noch keine Beeinträchtigung hatten.

4. Schluss-Bemerkung

Die Ergebnisse der Daten-Auswertung zeigen:

- Berliner*innen mit Beeinträchtigungen haben weniger Teilhabe-Möglichkeiten als Berliner*innen ohne Beeinträchtigungen.
- Sie erleben häufiger Diskriminierung und Gewalt.
- Und ihre Selbst-Bestimmung ist stärker eingeschränkt.

Das gilt mehr oder weniger für alle Lebens-Bereiche.
Besonders stark betroffen sind Menschen mit selbst eingeschätzter Behinderung.

Der Berliner Teilhabe-Bericht 2026 enthält Hinweise, wo die Teilhabe verbessert werden kann.
Dazu muss man jetzt passende Maßnahmen entwickeln.
Unterschiedliche Menschen und Organisationen sollten bei der Entwicklung mitmachen.

Für den nächsten Teilhabe-Bericht muss man überprüfen:
Gibt es jetzt weniger Barrieren in Berlin?
Können Menschen mit Beeinträchtigungen jetzt besser teilhaben?